

Tausenden von palästinensischen Bewohnern des israelischen Negev droht die Zwangsumsiedlung

Jessica Buxbaum, thenewarab.com , 26.06.24

Im Mai wurden mehr als 300 Palästinenser in Wadi al-Khalil über Nacht obdachlos, als israelische Bulldozer das gesamte palästinensische Dorf im Negev dem Erdboden gleichmachten.

Jetzt werden ihre Zelte, die sie neben den Trümmern ihrer Häuser errichtet haben, unter der sengenden Wüstensonne regelmäßig von der israelischen Polizei abgerissen.

Obwohl sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, haben die Palästinenser im Negev den Eindruck, keine Rechte zu haben, da ihre Dörfer zu Haufen aus verbogenem Metall und zerbröselten Zementblöcken eingeebnet werden.

„Die Polizei kam zweimal und hat auch unsere Zelte abgebaut. Sie lassen uns nicht einmal in Zelten wohnen“, sagte Jaber Abu Asa, 62, ein Bewohner von Wadi al-Khalil, gegenüber *The New Arab*. „Das Verhalten der Polizei ist wie das von Gangstern.“

Die Polizei hat auch die Bäume in Wadi al-Khalil entwurzelt und damit jegliche Form von Schatten in dem Dorf beseitigt. Die Bewohner von Wadi al-Khalil, deren 250 Häuser, Viehställe, eine Moschee und andere Gebäude zerstört wurden, erhielten weder alternative Wohnmöglichkeiten noch eine Warnung vor dem Abriss. ¹

„Etwa tausend Polizeikräfte kamen hier durch“, sagte Abu Asa. „Und haben alle Häuser mit unseren Kleidern und Habseligkeiten darin abgerissen, ohne uns vorher zu benachrichtigen.“

Auch 2019 erteilte die israelische Polizei ohne Vorwarnung einen Abrissbefehl für Wadi al-Khalil, so Abu Asa. Nach vier Jahren gerichtlicher Auseinandersetzungen entschied der Oberste Gerichtshof im September 2023 gegen die Bewohner und für ihre Vertreibung, um die nahe gelegene Autobahn 6 auf den Ruinen des Dorfes auszubauen.

„Wir sind seit über 45 Jahren hier“, sagte Abu Asa. „Ich wurde hier geboren. Auch meine Kinder kamen hier zur Welt. Ich habe fast mein ganzes Leben hier verbracht.“

Die Verhandlungen über die Umsiedlung der Bewohner von Wadi al-Khalil sind seit Monaten blockiert. ² Die Bewohner wollten nicht in das nahe gelegene Dorf Umm al-Batin umziehen, da es dort zu

Konflikten mit Familien kam, und erklärten sich stattdessen bereit, in das Viertel Al-Mitla in der Stadt Tel Sheva überzusiedeln, das erst noch gebaut wird.

Trotz der Pattsituation wurde der Abriss durchgesetzt, obwohl die Autobahn 6 in den nächsten drei Jahren nicht verbreitert werden wird. Dies hat der Regionalrat der nicht anerkannten Dörfer im Negev (RCUV) gegenüber TNA erklärt, die Regierung habe noch keine Mittel für das Projekt vorgesehen.

Anwohner und Aktivisten geben dem Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, die Schuld an dem beschleunigten Abriss.

„Ben Gvir hat die ganze Sache hochgespielt, weil wir schon sehr lange im Streit sind, aber niemand einen Abrissbefehl gegeben hat“, sagte Abu Asa. „Und bei Ben Gvir wurde natürlich schnell grünes Licht gegeben.“ Ben Gvir lobte den Abriss als „wichtigen Schritt für Souveränität und Staatsführung“ in einer Erklärung, die sein Büro am Tag der Zerstörung des Dorfes veröffentlichte.

„Wie der Minister bei seinem Amtsantritt versprochen hatte, hat der Abriss illegaler Häuser im Negev deutlich zugenommen, und der Minister ist stolz darauf, diese Politik anzuführen“, hieß es in der Erklärung.

Nicht nur Wadi Khalil

Wadi al-Khalil ist nicht die einzige palästinensische Gemeinde, die in letzter Zeit ihre Häuser verloren hat. Am Montag zerstörten israelische Streitkräfte ein vor 25 Jahren errichtetes Familienanwesen im Dorf Bir Hadaj im Negev.

Salim al-Danfiri, der Vorsitzende des Komitees von Bir Hadaj, sagte, die Familie habe die Forderungen der Behörden nach einer Umsiedlung an einen neuen Ort akzeptiert, die jedoch nie erfolgt sei. „Das ist neu“, sagte al-Danfiri. „Das sind Menschen, die bereit sind, alles zu akzeptieren, was von ihnen verlangt wird, aber anstatt eine Einigung zu erzielen, kommen sie, um zu zerstören.“

Anfang Juni wurden 240 Bewohner von Um-Mtanan auf Druck der israelischen Landbehörde und der Polizei gezwungen, ihre Häuser, landwirtschaftlichen Anlagen und öffentlichen Gebäude zu zerstören. Ihnen wurden auch keine Alternativen angeboten, so dass sie Zelte als vorübergehende Unterkünfte aufstellten. Die Polizei hat den Bewohnern mitgeteilt, dass die Zelte abgebaut werden müssen und angekündigt, dass auch die Bäume entwurzelt werden sollen.

Am 3. Juni 2024 ordnete das Bezirksgericht von Be'er Sheva an, dass das gesamte Dorf Ras Jrabah, in dem über 500 Menschen leben, abgerissen und die Bewohner bis zum 31. Dezember 2024 umgesiedelt werden müssen, um die nahe gelegene jüdische Stadt Dimona zu vergrößern. 3

„Diese Regierung ist in jeder Hinsicht schlimmer als jede andere Regierung zuvor“, sagte die Rechtsanwältin Myssana Morany von *Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights* im Staat Israel, die Ras Jrabah vertritt, gegenüber TNA. Morany erklärte, dass die Abrisse in den letzten sechs Monaten im Vergleich zu 2023, als eine Rekordzahl von über 3.280 Beduinenbauten zerstört wurde, zugenommen haben. *Adalah* wird gegen die Entscheidung beim Obersten Gerichtshof Berufung einlegen. 4

Insgesamt sind nach Angaben des RCUV zwischen 5.000 und 6.000 Menschen in acht Dörfern im Negev (einschließlich Wadi al-Khalil) von Zwangsumsiedlung bedroht.

Der Staat Israel erkennt 35 Dörfer im Negev nicht an, weil der Staat das Gebiet nach dem israelischen Planungs- und Baugesetz von 1965 nur für landwirtschaftliche Zwecke ausgewiesen hat – was bedeutet, dass der Bau von Wohnungen dort illegal ist.

Ohne Anerkennung sind die Dörfer nicht für die Planung vorgesehen und können daher keine Baugenehmigungen und grundlegende Versorgungsleistungen wie Zugang zum Stromnetz und zur Straßeninfrastruktur erhalten. Und das, obwohl sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, die ihnen verliehen wurde, weil sie bei der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 auf ihrem Land geblieben sind - anstatt zu fliehen oder vertrieben zu werden.

Während viele palästinensische Gemeinden wegen der Abrisse vor Gericht ziehen, hat das Dorf Karkur den Rechtsweg aufgegeben. „Wir verlieren immer vor Gericht“, sagte Yihai, 51, ein Einwohner von Karkur, der seinen Nachnamen nicht nennen wollte, gegenüber TNA. „Wir haben viel Geld investiert, um den Abriss zu verhindern... und am Ende wird entschieden, dass sie kommen und abreißen.“

Stattdessen nehmen die Bewohner von Karkur jetzt ihre Häuser auseinander, wenn sie einen Abrissbescheid erhalten. Wie Legosteine setzen sie dann die Teile ihrer Häuser wieder zusammen und der Zyklus wiederholt sich.

Obwohl sie die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, haben die Palästinenser im Negev den Eindruck, keine Rechte zu haben, da ihre Dörfer zu Haufen aus verbogenem Metall und zerbröselten Zementblöcken eingeebnet werden.

„Wir fühlen uns nicht als Teil der israelischen Gesellschaft. Es fühlt sich an, als würden wir in der besetzten Westbank leben“, sagte Abu Asa. „Es gibt keine Möglichkeit, etwas zu ändern oder zu tun ... Wir werden einfach zurückgelassen, ohne eine Wahl zu haben.“

Aus der Erklärung von Adalah:

Am 3. Juni 2024 wies das Bezirksgericht Be'er Sheva die Berufung von Adalah gegen eine Entscheidung der unteren Instanz ab, die die Zwangsumsiedlung der gesamten Bevölkerung des Beduinendorfs Ras Jrabah im Naqab (Negev, Südisrael), über 500 Personen, genehmigt hatte. Das Bezirksgericht ordnete an, dass die Bewohner ihre Häuser abreißen und ihr Dorf bis zum 31. Dezember 2024 räumen müssen...

Nach einer Anhörung am 29. Mai 2024 stimmte das Bezirksgericht dem Amtsgericht zu und erkannte an, dass die Bewohner von Ras Jrabah seit mindestens 1978, also seit fast 50 Jahren, in dem Dorf wohnten. Anders als das Amtsgericht entschied das Bezirksgericht jedoch, dass die Beschwerdeführer ein implizites Recht hatten, sich auf dem Grundstück aufzuhalten und keine Eindringlinge waren. Dieses Recht ergebe sich daraus, dass die israelische Landbehörde von dem jahrzehntelangen Aufenthalt der Dorfbewohner auf dem Grundstück gewusst und in dieser Zeit nichts gegen sie unternommen habe, so das Gericht. Das Gericht stellte jedoch auch fest, dass dieses Recht jederzeit vom Eigentümer

des Grundstücks widerrufen werden kann, was nach dem israelischen System für öffentliches Land der Staat ist. Das Recht wurde also hinfällig, als die ILA Räumungsbescheide verschickte und Klagen gegen die Bewohner von Ras Jrabah einreichte.....

Das Gericht stellte ferner fest, dass die israelische Landbehörde gemäß einem Beschluss des Rates der israelischen Landbehörde Beduinen Grundstücke ohne Ausschreibung zuweisen kann, allerdings nur innerhalb von Beduinendörfern und -städten. Infolgedessen entschied das Gericht, dass es der Behörde verwehrt ist, den Bewohnern von Ras Jrabah Grundstücke in dem neuen Stadtteil Dimona zuzuweisen, der auf den Ruinen des Beduinendorfes errichtet werden soll.

1 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/05/israel-opt-over-300-palestinian-bedouin-face-forced-evictions-following-mass-home-demolitions-in-negev-naqab/>

2 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/05/israel-opt-over-300-palestinian-bedouin-face-forced-evictions-following-mass-home-demolitions-in-negev-naqab/>

3 <https://www.adalah.org/en/content/view/11127>

4 https://www.dukium.org/wp-content/uploads/2024/06/Infogram-ENG-2023_4Drive.pdf

Siehe zu den Vorgängen im Negev auch die umfassende Studie von Human Rights Watch, die die diskriminierenden Umgang mit dem Boden durch den israelischen Staat auf der Grundlage von Apartheidgesetzen beschreibt.

<https://www.hrw.org/report/2008/03/30/map/land-and-housing-rights-violations-israels-unrecognized-bedouin-villages>

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/thousands-bedouins-israels-negev-face-forced-displacement>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de